Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Der schwarze Motor-Block
2. Nur die Reichen jubeln noch
3. US-Willkür
4. How economics became a religion
5. Wie Amerikas Sanktionen gegen Russland Deutschland treffen
6. Was überhaupt ist „Wettbewerbsfähigkeit"?
7. Die Mär der Kostenexplosion
8. Beschleunigter Artenschwund
9. Das American Empire und seine Medien
10. With New D.C. Policy Group, Dems Continue to Rehabilitate and Unify With Bush-Era Neocons

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der schwarze Motor-Block**
   Wenn die TV-Satire im Sommer Sendepause hat, gilt das noch lange nicht für die Realität. Die produziert derzeit mit Kartellabsprachen und Abgasskandal die schönsten Anlässe. Damit sich die politischen Verhältnisse nicht so alleingelassen fühlen, hat der Autor der Satiresendung „Die Anstalt" ein Realkabarett für die 378. Montagsdemo verfasst.
   Nach den Ausschreitungen von Hamburg waren sich Politiker aller Parteien Grün bis Christlich einig: Die Straße ist kein rechtsfreier Raum. Gegen Autonome muss mit aller Härte vorgegangen werden. Ihre Straftaten dürfen nicht verharmlost werden, sonst messen wir mit zweierlei Ma(as)ß – Heiko und alle anderen: Das sind sehr gute

Stichworte, die wir gern aufnehmen.
Wir hätten da lediglich ein paar Fragen: Wenn wir gegen straffällige Autonome konsequent vorgehen können, warum lassen wir dann all die straffälligen Autonamen gewähren? Wenn wir mit aller Härte einschreiten gegen gewalttätige Ausschreitungen auf der Straße, warum sehen wir dann illegalen Ausscheidungen auf unseren Straßen tatenlos zu?
Sie sagen, man sollte nicht mit dem gefährlichen großen schwarzen Block auf die Straße gehen, man weiß schließlich, wie das ausgeht. Vielleicht sollten wir dann auch aufhören, jeden Tag mit gefährlichen großen schwarzen Motorblöcke auf die Straße zu fahren, wir wissen ja schließlich, was da hinten rauskommt.
Sie erlassen Demonstrationsverbote für ganze Innenstädte, wenn die Sicherheit von Politikern gefährdet ist. Aber obwohl die Gesundheit der Bürger nachweislich gefährdet ist, gibt es bis heute kein Fahrverbot für Diesel. Die Straße darf kein rechtsfreier Raum sein? Tatsächlich ist sie das in Deutschland jeden Tag, denn hier darf jeder nach Belieben gegen Umweltrecht verstoßen.
Sie pochen auf das Vermummungsverbot bei Auto-Anzündern, aber sie lassen es zu, dass Autohersteller massenhaft gegen das Verdummungsverbot verstoßen: Die Rechtfertigungen der Autonomen mit und ohne Räder sind gleichermaßen hanebüchen. Wir halten uns ja an die Regeln – gut, nicht überall, aber im eigenen Viertel, sagt ein Sprecher der Roten Flora. Wir halten uns ja an die Regeln – gut, nicht auf der Straße, aber im Labor, sagen die Sprecher von Daimler und Co. Was können wir dafür, dass die Leute partout an der Straße wohnen wollen und nicht im Labor?
Quelle: Dietrich Krauß auf Kontext: Wochenzeitung

dazu: Wenn Abgase gefährlicher als Attentäter sind
Es ist viel wahrscheinlicher, durch die Abgasbelastung an der vierspurigen Zubringerstraße zu sterben als durch die Kugeln eines Amokläufers, meint der Soziologe Stefan Kühl: In den Medien höre man dennoch nur von Attentaten, jedoch nichts von den 30 Toten pro Tag durch Stickoxide.
Wenn man Menschen fragt, wovor sie Angst haben, hört man Antworten wie: Terroranschläge, Gewaltverbrechen oder Schweinegrippe. Dabei sind andere Gefahren viel relevanter – die freiwillige Aufnahme von zu viel Alkohol, das weniger freiwillige Passivrauchen oder die schleichende alltägliche Vergiftung durch Autoabgase.
Angesichts dieser verzerrten Wahrnehmung spricht man in der Soziologie von einem Risikoparadox. Gemeint ist die systematische Überschätzung von gut sichtbaren Risiken und die Unterschätzung von nicht gut erkennbaren Risiken.
Diese verzerrte Wahrnehmung hängt mit der Funktionsweise der Massenmedien zusammen. Ein Islamist, der mit dem Lkw in eine Menge von Fußgängern fährt,

erzeugt viel mehr Aufmerksamkeit als die deutlich höhere Anzahl von Menschen, die tagtäglich aufgrund des Stickoxid-Ausstoßes von LKWs sterben. Ein Amoklauf vor einem Einkaufszentrum ist Brennpunkt der Berichterstattung – obwohl es viel wahrscheinlicher ist, durch die Feinstaubbelastung an der vierspurigen Zubringerstraße zum Einkaufszentrum zu sterben als durch die Kugeln eines Amokläufers.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

2. **Nur die Reichen jubeln noch**
In kurzer Zeit hat Frankreichs Präsident dramatisch an Zustimmung eingebüßt. Der Grund sind seine ersten Reformen: Kürzungen bei den Armen und Geschenke für die Reichen. Es geht nur um fünf Euro im Monat, aber Emmanuel Macron kostet diese kleine Summe viel Ansehen: Der französische Präsident hat angekündigt, die Wohnungshilfe für die ärmsten Bürgerinnen und Bürger um fünf Euro pro Monat zu kürzen. Zugleich will er die Vermögensteuer für besonders Wohlhabende streichen und die Unternehmensteuern sollen innerhalb von fünf Jahren von 33 auf 25 Prozent fallen. “Monsieur CAC 40” – also der Herr der französischen Börse, titelten einige französische Zeitungen daraufhin.
Quelle: ZEIT

Anmerkung Jens Berger: *Leser der NachDenkSeiten werden von dieser Entwicklung wesentlich weniger überrascht sein als die Redakteure der großen Zeitungen, die nun zumindest so tun, als käme das Alles vollkommen unerwartet. Ich weiß: Eigenlob stinkt. Aber vergleichen Sie doch ruhig einmal die Macron-Berichterstattung der NachDenkSeiten mit der der traditionellen Medien und ziehen retrospektiv einen Vergleich.*

3. **US-Willkür**
“Unlautere Motive: Der Kongress treibt Trump gegen Russland, auf Kosten der EU”, titelt die “Süddeutsche Zeitung”. Endlich aufgewacht? Die Politik aller Oligarchen-Systeme ist von “unlauteren Motiven” bestimmt: Gewinne machen um jeden Preis. Der US-Oligarchen-Kapitalismus ist dabei besonders unverfroren. Schließlich haben die USA den mit Abstand größten Kriegsetat auf der Welt (über 600 Milliarden Dollar) und haben die ganze Welt mit über 800 Militär-Stützpunkten überzogen. Schon Präsident Eisenhower, lang ist’s her, warnte vor dem militärisch-industriellen Komplex der USA. Er sah die Gefahr, für einen Weltkriegsgeneral erstaunlich, dass die Rüstungsindustrie und die Wirtschaft die US-Politik bestimmen würden. Es ist an der Zeit, dass Europa seine eigenen Interessen wahrnimmt und die mehr oder weniger bedingungslose Gefolgschaft gegenüber den USA aufgibt. Der plumpe Versuch des US-Kongresses,

Europa den Bezug von russischem Gas zu verbieten und die Europäer zu zwingen, stattdessen Flüssiggas aus den USA zu kaufen, ist ein weiterer Beleg für die Willkür der US-Politik. Aber wer soll sich in Europa an die Spitze des Widerstandes gegen diese rücksichtslose Interessenpolitik stellen? Der Patron der Steuerhinterziehung der Konzerne, Juncker? Der Investmentbanker Macron? Oder doch die brave ehemalige FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda Merkel, die bislang noch jede Wendung der US-Politik unterstützte?
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

4. **How economics became a religion**
Its moral code promises salvation, its high priests uphold their orthodoxy. But perhaps too many of its doctrines are taken on faith.
lthough England has an established church, few of us today pay it much mind. We follow an even more powerful religion, around which we have oriented our lives: economics. Think about it. Economics offers a comprehensive doctrine with a moral code promising adherents salvation in this world; an ideology so compelling that the faithful remake whole societies to conform to its demands. It has its gnostics, mystics and magicians who conjure money out of thin air, using spells such as “derivative” or “structured investment vehicle”. And, like the old religions it has displaced, it has its prophets, reformists, moralists and above all, its high priests who uphold orthodoxy in the face of heresy.
Over time, successive economists slid into the role we had removed from the churchmen: giving us guidance on how to reach a promised land of material abundance and endless contentment. For a long time, they seemed to deliver on that promise, succeeding in a way few other religions had ever done, our incomes rising thousands of times over and delivering a cornucopia bursting with new inventions, cures and delights.
This was our heaven, and richly did we reward the economic priesthood, with status, wealth and power to shape our societies according to their vision. At the end of the 20th century, amid an economic boom that saw the western economies become richer than humanity had ever known, economics seemed to have conquered the globe. With nearly every country on the planet adhering to the same free-market playbook, and with university students flocking to do degrees in the subject, economics seemed to be attaining the goal that had eluded every other religious doctrine in history: converting the entire planet to its creed.
Yet if history teaches anything, it’s that whenever economists feel certain that they have found the holy grail of endless peace and prosperity, the end of the present regime is nigh. On the eve of the 1929 Wall Street crash, the American economist Irving Fisher advised people to go out and buy shares; in the 1960s, Keynesian

economists said there would never be another recession because they had perfected the tools of demand management.
The 2008 crash was no different. Five years earlier, on 4 January 2003, the Nobel laureate Robert Lucas had delivered a triumphal presidential address to the American Economics Association. Reminding his colleagues that macroeconomics had been born in the depression precisely to try to prevent another such disaster ever recurring, he declared that he and his colleagues had reached their own end of history: "Macroeconomics in this original sense has succeeded," he instructed the conclave. "Its central problem of depression prevention has been solved."
Quelle: John Rapley im Guardian

5. **Wie Amerikas Sanktionen gegen Russland Deutschland treffen**
Hinter Amerikas neuen Russland-Sanktionen stecken knallharte Wirtschaftsinteressen. Es sieht nicht gut aus für die Freundschaft zwischen Amerika und Europa.
An diesem Dienstag könnte das amerikanische Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf verabschieden, der das Potential hat, das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union auf Dauer zu trüben. Das Gesetz soll die Sanktionen gegen Russland verschärfen, das verdächtigt wird, die amerikanischen Wahlen manipuliert zu haben.
Eine erste Version hat in der anderen Kammer des Parlaments, dem Senat, eine überwältigende Mehrheit von 97 der 100 möglichen Stimmen gefunden. Das ist Beleg für eine parteiübergreifende Harmonie, die im polarisierten Washington selten geworden ist. […]
Eines der im Gesetzesentwurf klar formulierten Ziele ist Nord Stream 2. Die Pipeline soll russisches Erdgas nach Deutschland bringen. Die amerikanische Außenpolitik hat schon lange schwere Bedenken gegen die Pipeline und warb bereits unter Präsident Barack Obama dafür, sie nicht zu genehmigen. Aus amerikanischer Sicht verstärkt sie die Abhängigkeit der EU von Russland und schwächt ihre wichtigen Partner Polen und Ukraine, die in Washington eine starke Lobby haben.
Quelle: FAZ

6. **Was überhaupt ist „Wettbewerbsfähigkeit"?**
Deutschland lobt sich landauf, landab für seine Wettbewerbsfähigkeit. Ein Mythos. Denn durch Lohnsenkungen und Flexibilisierungen wurden wichtige Funktionen des Wettbewerbs außer Kraft gesetzt.
Die positiven Auswirkungen von Arbeitsmarktflexibilisierungen wurden schon im ersten Teil dieses Artikels in Frage gestellt. Doch flexible Arbeitsmärkte haben nicht nur negative Auswirkungen auf das langfristige Wachstum, sondern führen in der Eurozone auch zu hochproblematischen Wettbewerbsverzerrungen.
Wettbewerb um Innovationen

Häufig wird übersehen, dass ein rigider Arbeitsmarkt auch ein wettbewerbsförderndes Instrument sein kann. Dieser Punkt wurde zum Beispiel im Vorfeld der Mindestlohneinführung diskutiert. Als Beispiel für die Erfolge des Mindestlohnes wurde England angeführt. Einige Arbeitgeber haben sich dort durchaus über die Einführung des Mindestlohnes gefreut, da er die Phase des Dumpingwettbewerbs in einigen Branchen beendete.
Wenn die Löhne völlig flexibel sind, kann ein Unternehmen, welches den Marktpreis nicht mithalten kann, Wettbewerbsfähigkeit erreichen, indem es einfach niedrigere Löhne als seine Konkurrenten zahlt. Anstatt die Produktionsprozesse zu optimieren oder in Modernisierung zu investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, geht man den einfacheren Weg der Lohnsenkung. Dies hat zur Folge, dass die Konkurrenten das nachahmen und eine Abwärtsspirale aus immer weiter sinkenden Löhnen und Preisen entsteht. Eine wichtige Funktion des Wettbewerbs ist somit außer Kraft gesetzt. Investitionen und Produktivitätsentwicklung verlangsamen sich.
Quelle: Makroskop

7. **Die Mär der Kostenexplosion**
   Die Behauptung, das deutsche Gesundheitswesen sei nicht mehr bezahlbar, wird inzwischen von Vielen als gegeben akzeptiert. Das ist aber nicht richtig,
   wie nachfolgender ökonomischer und gesundheitspolitischer Diskurs darlegt.
   Ist Deutschlands Gesundheitswesen in den kommenden Jahrzehnten noch bezahlbar? Die Antwort ist: Ja, und zwar mindestens für die nächsten fünfzig Jahre! Für viele wenig glaubhaft, wird doch in der breiten Öffentlichkeit die Behauptung von der Nichtfinanzierbarkeit und der Kostenexplosion im Gesundheitswesen längst als Tatsache akzeptiert. Diese Auffassung ist durch die Medien verbreitet und verfestigt worden. Begleitet wird diese Argumentation stets von einer weiteren, kaum angezweifelten Überzeugung, nämlich der Vergreisung der Gesellschaft und einer dadurch kaum beherrschbaren Kostenexplosion .
   Die nachfolgenden Thesen liefern Gegenargumente, die die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens aufzeigen. (…)
   Am Ende dieser Entwicklung ist der Patient zum Kunden und Gesundheit zur Ware mutiert. Alles erscheint objektiv, weil in Zahlen und Rankings fassbar. Die Struktur des Gesundheitswesens ist durch ökonomische „Sachzwänge“ vorgegeben und gesellschaftspolitischen Wertentscheidungen weitgehend entzogen. Mithin „das Ende der klassischen Medizin“. Eine kaum bemerkte Monetarisierung aller menschlicher Beziehungen, die Verinnerlichung einer kommerzgesteuerten Marktanpassung, letztlich die
   Anpassung an die dominierende neoklassische Markttheorie, die bei genauerer Betrachtung an Skurrilität kaum zu überbieten ist. Worauf es ankommt, ist eine

Orientierung in Relation zu den realisierbaren Möglichkeiten im Rahmen der Produktivität. Welche der Möglichkeiten realisiert werden soll, obliegt Wertentscheidungen, die keinen Sachzwängen unterliegen. M. a. W.: Daseinsfürsorge ist das gesellschaftliche Ziel, Kostenreduktion ein Mittel und nicht Selbstzweck.
Quelle: Deutsches Ärzteblatt

8. **Beschleunigter Artenschwund**
Aktuellen Schätzungen zufolge verschwinden auf der Erde jeden Tag bis zu 130 Arten. Im Gegensatz zu anderen Massensterben wurde das heutige vom Menschen ausgelöst Eine erschreckende Bilanz zieht das Bundesamt für Naturschutz (BfN) in seinem zuletzt im Juni erschienenen Agrarreport zur biologischen Vielfalt. So gut wie alle Tier- und Pflanzenarten in den Agrarlandschaften sind im Schwinden begriffen, insbesondere die Vogel- und Insektenwelt. Ursache dafür ist die abnehmende Vielfalt an Lebensräumen und Biotopen. Dies geht aus der Roten Liste der gefährdeten Biotoptypen Deutschlands hervor.
Besonders Wiesen und Weiden sind Bedingungen ausgesetzt, die zu ihrem Schwinden beitragen. So ist eine qualitative Verschlechterung des Grünlands infolge intensiver Bewirtschaftung festzustellen, zum Beispiel bei blütenreichen Mähwiesen, wo rund 40 Prozent der in Deutschland gefährdeten Arten an Farn- und Blütenpflanzen wachsen. Wildkräuter wie Acker-Rittersporn und Sommer-Adonisröschen, die früher auf Äckern weit verbreitet waren, sind hier nur noch selten zu finden. So sank die Zahl der Wildkräuter im Inneren von Ackerflächen bereits um mehr als 70 Prozent. (…)
2013 zählte das BfN in Deutschland rund 48.000 Tier-, 10.000 Pflanzen- und 14.400 Pilzarten. Dem BfN-Artenschutz-Report von 2015 zufolge sind von den 32.000 der auf der Roten Liste stehenden Tier- und Pflanzenarten etwa ein Drittel im Bestand gefährdet, vier Prozent sind ausgestorben. Rund 20 Prozent aller Farn- und Blütenpflanzen – zwischen 48.000 und 57.000 Arten – werden für Heilzwecke genutzt, wobei die meisten der bekannten Arten noch auf ihren Nutzen für den Menschen untersucht wurden.
28 Prozent aller Wirbeltierarten – Fische, Amphibien, Reptilien, Vögel und Säugetiere – gelten als gefährdet. Ein Drittel einheimischer Brutvogelarten hat während der letzten zwölf Jahre im Bestand abgenommen. Ein Viertel aller Zugvögel ist gefährdet. Wir Menschen verbrauchen mehr natürliche Ressourcen, als die Erde erneuern kann. Nach Schätzungen des Living Planet Report des WWF schrumpfen die Wirbeltierbestände zusehends. Hält diese Entwicklung an, würden sich die Bestände bis 2020 noch um 67 Prozent reduzieren.
Quelle: Telepolis

9. **Das American Empire und seine Medien**
Viele Führungspersonen und Top-Journalisten von nahezu allen bekannten

amerikanischen Medien sind in das Netzwerk des einflussreichen Council on Foreign Relations (CFR) eingebunden.
Gegründet 1921 als eine private, überparteiliche Organisation, prägt der CFR und seine knapp 5000 renommierten Mitglieder seit Jahrzehnten die amerikanische Außenpolitik und deren mediale Darstellung. Ein bekanntes CFR-Mitglied erklärte einst, dass das Ziel tatsächlich die Etablierung eines „Imperiums“ sei, allerdings eines „benevolenten“, d.h. „wohlwollenden“, Imperiums.
Die folgende Abbildung zeigt – basierend auf den offiziellen Mitgliederlisten – erstmals das umfangreiche Mediennetzwerk des CFR und seiner zwei wichtigsten internationalen Partner-Organisationen: der Bilderberg-Gruppe (die primär die USA und Europa abdeckt) sowie der Trilateralen Kommission (die Nordamerika, Europa und Ostasien abdeckt). Beide wurden von Führungspersonen des Councils gegründet, um die Kooperation zwischen Eliten auf der internationalen Ebene zu fördern.
Richard Harwood, der ehemalige leitende Redakteur und Ombudsmann der Washington Post, schrieb über den Council on Foreign Relations anerkennend, dass seine Mitglieder „am ehesten dem entsprechen, was man das herrschende Establishment der Vereinigten Staaten nennen könnte”.
Harwood fuhr fort: “Die Mitgliedschaft dieser Journalisten im Council, was auch immer sie von sich selbst denken mögen, ist eine Bestätigung ihrer aktiven und wichtigen Rolle in öffentlichen Angelegenheiten und ihres Aufstiegs in die herrschende Klasse Amerikas. Sie analysieren und interpretieren die Außenpolitik der USA nicht nur; sie helfen sie zu machen. () Sie sind ein Teil des Establishments, ob sie es wollen oder nicht, und sie teilen die meisten seiner Werte und Ansichten.“
Allerdings machen Medienpersönlichkeiten nur einen kleinen Teil des umfangreichen CFR-Netzwerkes aus. Wie die folgende Abbildung zeigt, zählten und zählen zu den Mitgliedern des privaten Council on Foreign Relations unter anderem:

- mehrere US-Präsidenten und Vize-Präsidenten beider Parteien;
- nahezu alle Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister;
- die meisten Generalstabschefs und Kommandeure des US-Militärs und der NATO;
- nahezu alle Nationalen Sicherheitsberater, CIA-Direktoren, UNO-Botschafter, Vorsitzende der Zentralbank (Fed), Weltbank-Präsidenten, sowie Direktoren des Nationalen Wirtschaftsrates;
- einige der einflussreichsten Kongressabgeordneten (insb. Außen- und

Sicherheitspolitiker);

- zahlreiche Medienmanager und Top-Journalisten, sowie einige der bekanntesten Schauspieler;
- zahlreiche prominente Akademiker, insbesondere in den Schlüsselgebieten der Ökonomie, der Internationalen Beziehungen, der Politik- und Geschichtswissenschaften und des Journalismus;
- zahlreiche Führungskräfte von Think Tanks, Universitäten, NGOs, und der Wall Street;
- sowie die Schlüsselmitglieder der 9/11-Kommission und der Warren-Kommission (JFK)

Quelle: swisspropaganda

10. **With New D.C. Policy Group, Dems Continue to Rehabilitate and Unify With Bush-Era Neocons**
One of the most under-discussed yet consequential changes in the American political landscape is the reunion between the Democratic Party and the country's most extreme and discredited neocons. While the rise of Donald Trump, whom neocons loathe, has accelerated this realignment, it began long before the ascension of Trump and is driven by far more common beliefs than contempt for the current president. A newly formed and, by all appearances, well-funded national security advocacy group, devoted to more hawkish U.S. policies toward Russia and other adversaries, provides the most vivid evidence yet of this alliance. Calling itself the Alliance for Securing Democracy, the group describes itself as "a bipartisan, transatlantic initiative" that "will develop comprehensive strategies to defend against, deter, and raise the costs on Russian and other state actors' efforts to undermine democracy and democratic institutions," and also "will work to publicly document and expose Vladimir Putin's ongoing efforts to subvert democracy in the United States and Europe." (…) What we see instead are leading Democratic foreign policy experts joining hands with the world's worst neocons to form new, broad-based policy advocacy groups to re-shape U.S. foreign policy toward a more hostile, belligerent and hawkish posture. We see not isolated agreement with neocons in opposition to Trump or on single-issue debates, but a full-scale embrace of them that is rehabilitating their standing, empowering their worst elements, and reintegrating them back into the Democratic Party power

structure.
Quelle: Glenn Greenwald in The Intercept

Anmerkung Paul Schreyer: *Die Demokratische Partei in den USA geht gerade eine Allianz mit den radikalsten Neocons aus der Bush-Ära ein. Glenn Greenwald analysiert diese Entwicklung warnend.*